



**EuropaUnion**  
Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
**Bildungsring „Europa MV“**



**Europäische  
Bewegung  
Deutschland**

---

# Informationen

des Bildungsrings „Europa MV“  
des Landesverbandes der Europa-Union  
Mecklenburg-Vorpommern

**Nr. 3/2024 (Nr. 96) – Juni 2024**  
**Redaktionsschluss: 15.06.2024**



**Informationen des  
Bildungsringes „Europa MV“  
des Landesverbandes der Europa-Union  
Mecklenburg-Vorpommern**

**Nr. 3/2024 (Nr. 96)**

**Redaktionsschluss: 15.06.2024**

---

Herausgegeben vom Landesverband der EUD MV.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Joachim Gasielcki

**Editorial** 3

**Teil 1: Informationen aus dem Bildungsring „Europa“**

Handreichung von Mitgliedern des Präsidiums der EUD:  
„Die AfD will die EU abschaffen. Wir wollen die EU-Demokratie  
Gegen ihre Feinde verteidigen.“ 4

Aufruf des LV der EUD MV vom 03.05.2024 zur Wahlteilnahme 6

Zum Krieg in der Ukraine 7

Von einem Vortrag in Alt Rehse 8

EUD-Präsident R. Wieland am 01.05.2024: „Zwanzig Jahre große  
Osterweiterung – Zwischenbilanz und Perspektive“ 10

„Ein föderales Europa“ - Daniel Cohn-Bendit u. Sylvie Goulard 11

**10. Wahl des Europäischen Parlaments am 09.06.2024**

Eine Podiumsdiskussion vor der Europawahl 12

Ergebnisse und Probleme der Europawahlen 2024 - ihre Auswir-  
kungen auf die europäische Integration – Vortrag von J. Gasielki 16

**Teil 2: Informationen aus dem Trägerverein LV der EUD in MV**

Von der Sitzung des LV der EUD MV am 03.05.2024 30

1. Mai 2024 - wir feiern 20 Jahre EU-Osterweiterung (KV Schwerin) 31

Am 9. Mai Europatag! Karin Pingel, Kreisvorsitzende Rostock 32

Zur Eröffnung einer Ausstellung in Alt Rehse:  
„Die Kinderärzte und Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit“ 34

## Editorial

### **Informationen aus dem Bildungsring „Europa“**

---

Liebe Europafreundinnen und Europafreunde,

Die Informationen, die Sie nun wieder neu zur Kenntnis nehmen können, hat einen besonderen Charakter. Im Mittelpunkt finden Sie Aufsätze und Materialien, die sich auf die Wahlen zum EP am 09.06.2024 beziehen.

Ab Seite 12 steht der Bericht über eine Podiumsdiskussion, die der Landesverband und sein Bildungsring mit fünf Parlamentskandidaten aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg in Neustrelitz unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit veranstaltet hatten. Beeindruckt hat uns die weitgehende Übereinstimmung der Kandidaten aus fünf Parteien in den grundlegenden Aufgaben bei der weiteren Entwicklung einer demokratischen Union.

Ich selbst habe ab Seite 16 einen Vortrag eingefügt, den ich am 13.06.2024, wenige Tage nach der Europawahl, in einer Veranstaltung unseres Bildungsringes „Europa“ in Neubrandenburg zur ersten Auswertung der Wahlergebnisse gehalten habe. Mein Anliegen bestand und besteht besonders darin, auf mögliche Folgen des Rechtsrucks an der Spitze der Europäischen Union aufmerksam zu machen. Ich freue mich, wenn ich von dem einen oder anderen Leser eine Meinungsäußerung dazu erhalte!

Möge es uns gelingen, die „Büchse der Pandora“, die unser Generalsekretär Christian Moos in seiner ersten Stellungnahme erwähnt hat, zukünftig geschlossen zu halten.

Der im 9. Europaparlament einzige Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, unser Mitglied Niklas Nienau, der wieder neu kandidiert hatte und auf der bundesweiten Liste der GRÜNEN stand, hat nach der Wahl keinen Listenplatz als Angeordneter erhalten können. Ich spreche ihm an dieser Stelle Dank für seine rege engagierte Arbeit im EP aus. Der Dank gilt auch für sein aktives Auftreten im Bundesland MV und im LV unserer EUD.

Joachim Gasielki, Ehrenvorsitzender des LV der EUD-MV

## **Eine Handreichung von Mitgliedern des Präsidiums der EUD**

**Die AfD will die EU abschaffen.**

**Wir wollen die EU-Demokratie gegen ihre Feinde  
verteidigen!**

**Die AfD will zurück zu einem Europa der Nationalstaaten – das gefährdet massiv unseren Wohlstand.**

- Laut Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) wären bei einem EU-Austritt 2,2 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland bedroht und Tausende Euro Wohlstand pro Kopf!
- Die EU macht aus 27 kleinen Ländern einen globalen Akteur - unser Binnenmarkt mit 450 Millionen Europäerinnen und Europäern gewährleistet, dass wir auf einem zunehmend geopolitisch umkämpften Weltmarkt für faire Wettbewerbsbedingungen für unseren Wirtschaftsstandort kämpfen können.
- Gleichzeitig kann die EU dadurch auch Großkonzernen demokratisch Regeln setzen: Zwei Jahre Mindestgarantie für alle Produkte, Qualitätsstandards gegen Gift im Essen, kostenloses Roaming, einheitliche Ladestecker u.v.m.

**Die AfD will Abschottung und Chaos statt Humanität und Ordnung.**

- Die von Correctiv aufgedeckten Deportationspläne zeugen von einem menschenverachtenden Weltbild, das an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte erinnert.
- Rassismus und Abschottung sind auch Gift für unseren Wirtschaftsstandort, denn wir sind auf Arbeits- und Fachkräfte sowohl aus der EU als auch aus Nicht-EU-Ländern angewiesen. Nur mit Zuwanderung lassen sich Rentensenkungen oder drastische Beitragserhöhungen vermeiden.
- Nur gemeinsam als EU können wir uns funktionierende und geordnete Regeln zur Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten in Europa geben.

### **Die AfD ist ein Sprachrohr Putins in Deutschland.**

- Die AfD will de facto, dass sich die Ukraine dem russischen Aggressor unterwirft und keine Waffen mehr erhält. Das wäre eine gewaltige Gefahr für uns alle, denn die Ukraine verteidigt das Prinzip, dass das Militär keine Grenzen verschieben darf und das gemeinsame Recht statt das Recht des Stärkeren gilt – ein wesentliches Element für den längsten Frieden in Europa. Solange die Ukrainerinnen und Ukrainer für ihre Freiheit kämpfen wollen, verdienen sie alle Unterstützung.
- Die aufgedeckten Verbindungen zwischen Russland und AfD-Politikern, etwa über die Plattform „Voice of Europe“, zeigen: Die AfD vertritt nicht unsere nationalen Interessen, sondern die des Autokraten Putins, der einen hybriden Krieg gegen uns und unsere Partner führt.

### **Die AfD will das Europaparlament abschaffen.**

- Das Europaparlament ist das Herz der Europäischen Demokratie, direkt gewählt von diesmal rund 400 Millionen Europäerinnen und Europäern. Fast alle Positionen, Debatten und Abstimmungsergebnisse, auch in Ausschüssen, sind transparent.
- Wenn wir allen Europäerinnen und Europäern eine zweite Stimme für europäische, EU-weite Listen geben, könnten wir die Kommissionspräsidentin direkt wählen und vor europäischen Wahlen würden noch mehr um europäische Antworten gerungen, weniger um rein nationale Fragen.

### **Die AfD nennt 55.000 EU-Beschäftigte einen “monströsen Behördenapparat”**

- In den EU-Institutionen arbeiten etwa 55.000 Menschen für 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger (Verhältnis 1 zu 8.182). In Köln z.B. 18.000 Menschen für ca. 1 Mio. (1 zu 55).
- Die EU vernichtet Bürokratie, indem sie aus je mindestens 27 nationalen nur ein EU-Gesetz macht, für die deutsche Exportwirtschaft ein riesiger Vorteil.

**Willst auch du die Europäische Demokratie verteidigen und  
Hoffnung statt Hass verbreiten?**

**[Werde Europa-Hoffnungsträger/in!](#)**

Beschluss des Landesvorstandes der Europa-Union  
Mecklenburg-Vorpommern am 03.05.2024 in Güstrow

**Aus dem Aufruf zur Teilnahme an der Europawahl 2024**

**Nutze deine Stimme.**

**Sonst entscheiden andere für dich.**

Am 9. Juni wird die Europäische Union Zeugin der zweitgrößten demokratischen Handlung der Welt, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme bei der Europawahl 2024 abgeben. Dieser Moment bietet allen die Möglichkeit, die Zukunft Europas mitzugestalten und gleichzeitig die Demokratie zu verteidigen – denn je mehr Menschen wählen, desto stärker wird die Demokratie.

Seit der letzten EU-weiten Abstimmung 2019 hat das Interesse an der Europawahl deutlich zugenommen. Mehr als acht von zehn Europäerinnen und Europäern (81 %) sind der Meinung, dass Wählen angesichts der aktuellen geopolitischen Lage noch wichtiger ist (Deutschland 87 %, Österreich 79 %). Kein Land in der EU legt so viel Wert auf Sicherheit und Frieden wie Deutschland.

Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern startet eine Kampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Wir sind überzeugt, dass die Demokratie nicht nur ein Grundrecht ist, sondern wir alle auch Verantwortung tragen, sie zu bewahren. Und der direkteste Weg, dies zu tun, ist zu wählen.

Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern unterstützt den überparteilichen Wahlauftrag des Europäischen Parlaments. Er ist Aufruf, unsere Demokratie zu bewahren und verzichtet bewusst auf aktuelle Themen wie Klimaschutz, Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg.

Die Europäische Broadcast Union (EBU) plant zwei Wochen vor der Europawahl eine Debatte der Europäischen Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel. Aus Deutschland dabei sind voraussichtlich die Grünen-Politikerin Terry Reintke, die FDP-Kandidatin Agnes Strack-Zimmermann und die amtierende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern als überparteiliche Bürgerinitiative für die Festigung und Stärkung der Demokratie in der Europäischen Union legt selber für die konkreten Politikfelder keine Vorschläge vor. Diese sind Thesen des Wahlkampfes der politischen Parteien.

35 Parteien und politische Vereinigungen sind in Deutschland für die Europawahl 2024 zugelassen. Aufgrund der fehlenden Sperrklausel sind derzeit 14 deutsche Parteien im Europäischen Parlament vertreten. Insgesamt werden bei dieser Wahl 705 Mandate vergeben. Davon kommen 96 Abgeordnete aus Deutschland.

In der vergangenen Legislaturperiode gab es nur einen Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern. Damit sich mehr Abgeordnete aus unserem Bundesland in Brüssel und Strasburg für unsere Region einsetzen können, bedarf es auch einer hohen Wahlbeteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament.

## **Zum Krieg in der Ukraine**

*Es lassen sich „manche Fragen nicht einfach so übergehen. Ist dieser Krieg für die Ukraine militärisch zu gewinnen? Liefert Deutschland so viel, dass uns am Ende zu wenige Waffen zur Selbstverteidigung bleiben? Und besteht tatsächlich ein Konsens darüber, dass ‚mehr Waffen‘ ethisch alternativlos sind?*

*Man kann sich das fragen und es gleichzeitig richtig finden, die Ukraine zu unterstützen. Ihre Bürger werden seit Jahren verwundet, getötet und misshandelt. Natürlich darf die internationale Gemeinschaft einen solch verbrecherischen Krieg nicht einfach hinnehmen.*

*Aber die Zweifel daran, ob es strategisch klug und humanitär unerlässlich ist, die Lösung allein auf dem Schlachtfeld zu suchen, diese Zweifel sind eben groß. Sich mit ihnen einigermaßen angemessen auseinanderzusetzen, müsste der Anspruch aller Medien sein. Nicht nur der öffentlich-rechtlichen, die in der Pflicht stehen, die Gesellschaft in ihrer Breite abzubilden, weil jeder sie bezahlt. Auch für die Zeitungen oder für das Privatfernsehen wäre es schädlich, einen Teil des Publikums an neurechte Portale zu verlieren. ...*



*Aber könnte es sein, dass sich Redaktionen im Konsens trotzdem noch immer ziemlich wohlfühlen? Dass bei aller Einsicht, den inhaltlichen Streit suchen zu müssen, der Zweifel eher verdächtigt als begrüßt wird?“*

(Zitat aus einem Leitartikel in „DIE ZEIT“, Nr. 18/2024, S. 1, von Anne Hähmig)

**Die hier zitierten Gedanken sollten auch in den Diskussionen in unseren Kreisverbänden und im Bildungsring „Europa“ eine Rolle spielen. Wir wissen, dass es letztlich bei aller notwendigen Abwehr von Aggressionen immer auch darauf ankommt, Möglichkeiten zu suchen, Kriege zu beenden und Frieden zu schaffen und zu sichern. Wie können wir dazu beitragen, diesen durchaus nicht ungefährlichen Spagat des politischen Handelns positiv zu beeinflussen?**

## **Von einem Vortrag und einer Ausstellungseröffnung am 27. 04. 2024 in Alt Rehse**

Der dem Landesverband der EUD seit vielen Jahren partnerschaftlich verbundene Verein „Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse“ hat am 24.04.2024 eine hoch interessante Veranstaltung durchgeführt. Dr. habil. Monika Tomkiewicz sprach zum Thema „*Zum Stand der Ermittlungen zu den Massakern von Piasnitz (Piaśnica)*“ in Hinterpommern, im Gebiet des westlichen Teils von Kaschubien, 16 km südwestlich von Bütow (heute Bytow), 96 km südwestlich von Danzig (heute Gdansk)

In den Wäldern von Kaschubien, im Piasnitzer Wald, fand die erste große und systematisch durchgeführte Mordaktion der Nazis in Europa statt. Die Ereignisse, die dort abliefen, sind bis heute nicht endgültig aufgearbeitet und im allgemeinen bis heute auch in Deutschland kaum bekannt. Was geschah damals?

Bereits 1939 hatten die Nazis die Beseitigung „unwerten Lebens“ in Angriff genommen, ein Verbrechen, das als Euthanasie bekanntgeworden ist und systematisch in der „Aktion T 4“ verwirklicht wurde. Noch bevor diese großflächige Aktion in den von den Nazis besetzten Gebieten in Europa begann, hatte man durch Initiativen des NSDAP-Gauleiters Forster in Danzig unmittelbar

nach Kriegsbeginn 1939 aus fünf norddeutschen Heilanstalten (Stettin-Kückenmühle, Treptow a. d. Rega, Ueckermünde, Lauenburg in Pommern und Meseritz-Obrwalde) „Geisteskranke“ vorübergehend in die Heilanstalt Stralsund zusammengebracht, um sie dann in Neustadt (heute Wejherowa) in Empfang zu nehmen, sie im Wald von Piasnitz zu erschießen und in Gruben zu verscharren. 1 285 Kranke sind auf diese Weise ermordet worden, anschließend ebenso die polnischen Kriegsgefangenen, die die Leichen in die vorbereiteten Gruben bringen mussten.

Unmittelbar danach wurden bis etwa gegen Ende 1939/Anfang 1940 polnische Kriegsgefangene, polnische und kaschubische Bürger aus benachbarten Räumen (u. a. Gdansk, Gdingen, Sopot), darunter viele Angehörige der Intelligenz, Lehrer und Pfarrer sowie auch Häftlinge aus dem KZ Stutthof, über den Sammelpunkt Neustadt in den Piasnitzer Wald gebracht, von Sondereinheiten der SS erschossen und verscharrt. Im August 1944 versuchten die Nazis, die Spuren der Massentötung zu verwischen. 36 Häftlinge aus Stutthof mussten die Leichen ausgraben und verbrennen, sie wurden danach ausnahmslos getötet. 1946 hatten sich die polnischen Behörden einen groben Überblick verschaffen können. Festgestellt wurden etwa 35 Massengräber, darunter zwei mit unverbrannten Leichen. Die Zahl der in diesem Massaker Getöteten konnte bis heute nicht endgültig festgestellt werden. Man kann davon ausgehen, dass etwa 10 000 Menschen in wenigen Monaten getötet wurden.

Die meisten Spuren im Piasnitzer Wald waren verwischt. Vorhanden Akten und andere Dokumente der Massentötung wurden zum größten Teil vernichtet. Die Identifizierung der meisten Opfer ist somit nicht mehr möglich. Auch in deutschen Archiven sind vorhandene Unterlagen dafür zu gering. Nach Angaben der Referentin Tomkiewicz konnten bis heute nur etwa 2 500 Personen identifiziert werden.

Am Ort des Geschehens steht gegenwärtig ein repräsentatives Denkmal am Platz des symbolischen Friedhofs. Viele Bürger besuchen diese Gedenkstätte, darunter auch Jugendliche und Schulklassen aus Polen und aus dem Ausland.

Im Anschluss an den informativen Vortrag wurde eine Ausstellung eröffnet, deren Exponate von Studenten aus sieben europäischen Ländern gestaltet wurden, die sich im August 2019 zu einem Fotografie- und Geschichtsworkshop getroffen hatten. 23 der von ihnen geschaffenen Bilder sind nun für einige Zeit am „Lern- und GeDenkOrt Alt Rehse“ zu sehen. Sie sind eine Demonstration, mit der man die Vernichtungsstätte Piasnitz als „Ort der Stille“ erleben kann.

**Aus einem Beitrag von EUD-Präsident R. Wieland vom 01.05 2024**

## **„20 Jahre große EU-Osterweiterung - Zwischenbilanz und Perspektive“**

„Nach wie vor gibt es begründete Zweifel an der Beitrittsreife einzelner europäischer Staaten. Ich hatte den Beitritt Rumäniens und Bulgariens damals für verfrüht angesehen und ich bin heute mehr denn je der Überzeugung, dass politische Rabatte im Beitrittsprozess fehl am Platze sind. Mindestens müssen Defizite bei der Erfüllung von Beitrittskriterien zum Zeitpunkt eines Beitritts klar benannt und verbindliche Zielvereinbarungen getroffen werden. Probleme im Blick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die sich seit Jahren in Ungarn, aber auch in der Slowakei und phasenweise in Bulgarien und Rumänien zeigen, sind sonst vorprogrammiert und Kurskorrekturen, wie sie sich in Polen zeigen, dauern viel zu lange.

Umgekehrt streiten sich überzeugte Europäerinnen und Europäer auch heute darüber, ob die Union nicht weiter vertieft werden muss, bevor neue Mitglieder hinzukommen. Der Fehler, die notwendigen Reformen der EU seinerzeit nicht vor der Erweiterung 2004 abgeschlossen zu haben, darf sich nicht wiederholen.

Dieser Streit bedarf des Diskurses auch in den Mitgliedsstaaten, an dessen Ende für die Gewichtung zwischen den berechtigten Interessen einzelner Mitglieder der Union und die damit verbundenen Sorgen ihrer Bürgerinnen und Bürger einerseits und der lähmenden Notwendigkeit andererseits, Vetospieler erst aus ihrem - oft aus sachfremden Erwägungen oder überzogenen Erwartungen geleisteten - Widerstand zu hohen politischen Kosten herauskaufen zu müssen, eine neue Balance gefunden werden muss. Noch mehr potentielle Vetospieler im Rat würden die Handlungsfähigkeit der EU jedenfalls gefährden.

Die Forderung der überparteilichen Europa-Union Deutschland, bestehende Einstimmigkeitsregeln aufzugeben und zu transformieren bezieht sich deshalb auch auf Vertragsänderungen und Beitrittsfragen. Allerdings kann nachvollzogen werden, dass die politische Kluft zwischen der Einstimmigkeit und der jetzt in den Verträgen vorgesehenen qualifizierten Mehrheit auch bei gewachsenem Vertrauen innerhalb der Union von einigen ihrer Mitglieder als zu groß angesehen wird. Die Europa-Union begrüßt deshalb die vom Europäischen Parlament entwickelten Gedanken, zwischen der qualifizierten Mehrheit und der Einstimmigkeit eine superqualifizierte Mehrheit als vertrauensbildende Übergangshilfe hin zu weniger Einstimmigkeitsregeln zu etablieren.“

## **„Ein föderales Europa“**

**(Aus einem Artikel in der taz. vom 27.04.2024 von Daniel Cohn-Bendit und Sylvie Goulard)**

Es ist richtig, Ländern, die brutal angegriffen oder bedroht werden, eine Zukunftsperspektive zu bieten. Es liegt auch in unserem Interesse, dass unsere Werte und eine gewisse Stabilität unsere Nachbarschaft prägen, aber großzügige Versprechungen greifen schlicht zu kurz. Wie verhindern wir, dass die Union in einem großen heterogenen und nicht handhabbaren Gebilde aufzugehen droht? Niemand weiß das. ...

Auf der politischen Rechten und Linken sind die Extreme auf dem Vormarsch, getragen von nationalistischen und protektionistischen Versprechen. Ihre genialen Ideen würden uns zum Völkerbund zurückführen, mit dem uns allen bekannten Erfolg. Auch die traditionellen Parteien sind weit davon entfernt, etwas für die europäische Einigung zu riskieren und ziehen sich lieber in ihr bequemes Schneckenhaus zurück. Und die Kommission wird nebenbei zum Sekretariat der Hauptstädte degradiert. ...

Um erfolgreich zu sein, muss die Europäische Union ihre Politik, ihren Haushalt und ihre Rechtsnormen auf den Prüfstand stellen. Deshalb würden wir am liebsten rufen: Die Wette gilt! Traut ihr euch endlich, ein föderales Europa zu schaffen? ...

Als Teil des europäischen Schauspiels tauchen die nationalen Regierungschefs sporadisch in Brüssel auf, um ihre von nationalen Scheuklappen beschränkten Standpunkte kundzutun und diese danach auf getrennten Pressekonferenzen der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit zukommen zu lassen. ...

Hinter den Slogans von einem mächtigeren Europa steht eigentlich der reduzierte Gedanke des Europas als Markt, nur dass dieser nun besser verpackt wurde. ...

Warum stehen wir für ein föderales Europa ein? Diese Forderung hat weder etwas mit Träumerei noch mit Nostalgie zu tun. Wir sollten den gesunden Menschenverstand walten lassen und das föderale Modell annehmen, um ein handlungsfähiges, demokratisches Europa zu schaffen, das den Bürgern zwingend Rechenschaft ablegt. Ein föderales Europa würde den Vorrechten der Mitgliedstaaten in angemessenerer Weise nachkommen als eine Union, in der wir dem Gutdünken der nationalen Regierungen ausgesetzt sind.

####

# **10. Wahl des Europäischen Parlaments**

**am 09.06.2024**

## **Eine Podiumsdiskussion vor der Europawahl**

Der Landesverband und sein Bildungsring „Europa“ hatten zum 27.05.2024 zu einer Podiumsdiskussion in Vorbereitung der Europawahlen am 09.06.2024 nach Neustrelitz eingeladen. In der Veranstaltung im Kulturquartier Neustrelitz stellten sich fünf Kandidaten zur Europawahl den rund 30 Teilnehmern der Informations- und Diskussionsrunde vor. Da dieser Bericht in den „Informationen des Landesverbandes“ seine Leser erst nach den Wahlen zum Europäischen Parlament erreicht, verzichtet der Berichterstatter auf viele einzelne Details der Vorstellung der Kandidaten. Mit Blick auf die konkreten Auswirkungen des Wahlergebnisses werden hier nur die wesentlichsten Positionen der Kandidaten und der hinter ihnen stehenden Parteien hervorgehoben, die von besonderer Bedeutung für unser Bundesland sein werden.

Auf dem Podium hatten die folgenden Kandidaten Platz genommen:

- Niklas Nienaß, föderalistischer Europapolitiker, in der letzten Wahlperiode bereits Mitglied des Europäischen Parlaments vom Bündnis 90/Die GRÜNEN.
- Jascha Dopp, CDU; Jurist und Verwaltungswissenschaftler, besonders für europäische Fragen tätig.
- Sabrina Repp, SPD; Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin.
- Martin Hoeck, FDP; Kommunalpolitiker, Spitzenkandidat im Land Brandenburg.
- Dr. Ines Schwerdtner, DIE LINKE; Politikwissenschaftlerin, Publizistin, wegen Verhinderung durch Torsten Koplín vertreten.

Alle Kandidaten konnten eine langjährige berufliche und private Beschäftigung mit europapolitischen Fragen nachweisen und sich nachdrücklich als „überzeugte Europäer“ vorstellen.

Die Moderation der Veranstaltung lag in den Händen von Prof. Dr. Robert Northoff, MdL in MV, Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Europa-Union Deutschland.

Es kann von vornherein festgestellt werden: Trotz des eines oder anderen parteipolitischen Unterschiedes in den vorgestellten Positionen war es für die rund 30 Gäste der Veranstaltung durchaus überraschend, dass die Kandidaten in vielen wichtigen Problemen europäischer politischer, wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Weiterentwicklung in den Grundfragen weitgehend einig waren.

Der Berichterstatter hält die folgenden Aussagen für besonders erwähnenswert:

1.

Europa und die Europäische Union müssen weltweit mit einer außenpolitischen Stimme sprechen. Dass das durchaus möglich werden kann, haben die Kandidaten selbst überzeugend vorführen können. Kompromissuche auf europäischer Ebene und besonders in den europäischen Institutionen ist die Lösung für Probleme und nicht das Problem an sich.

2.

Außenpolitisch ist die Frage „Krieg oder Frieden“ der wichtigste Bereich. Wir brauchen die Rückkehr zum Frieden in ganz Europa, die stabile Bewahrung eines nachhaltigen Friedens und konsequente Umsetzung der europäischen Integration als Friedensprojekt.

3.

Für Gegenwart und Zukunft ist in diesem Zusammenhang der Krieg Russlands gegen die Ukraine die zentrale Frage. Es geht um einen nachhaltigen Frieden und die Aufrechterhaltung und Anwendung des Völkerrechts. Das schließt einerseits sowohl die konsequente Unterstützung der Ukraine als auch andererseits die Ausnutzung aller möglichen diplomatischen Aktivitäten ein.

4.

Wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der EU sind noch nicht umgesetzte Anregungen der vor einiger Zeit europaweit durchgeführten „Zukunftskonferenz“. So muss eine größere Durchschaubarkeit der europäischen Strukturen, Institutionen und deren Maßnahmen erreicht werden, um mehr Menschen als gegenwärtig von der positiven Rolle der Europäischen Union zu überzeugen.

5.

Der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern muss stärker nahegebracht werden, in welchem hohem Maße das Land von der EU-Förderung profitiert, weil - unter besonderer Berücksichtigung der Probleme in der Landwirtschaft - unser Land „Nettoempfänger“ in der EU ist, also mehr von Brüssel erhält, als es selbst in die EU einzahlt. Dieser Status muss erhalten werden.



6.

Es ist die weitere Stärkung der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Bedingungen in der EU und in den einzelnen Mitgliedsländern erforderlich, um das Sinken der Lebensverhältnisse und des Wohlstandes großer Bevölkerungsteile aufzuhalten. Das schließt einen besseren Umgang mit der Bewältigung der Migration aus verschiedenen Teilen der Welt ein, wozu auch die konsequentere Bekämpfung der Fluchtursachen gehört.

7.

Zur Förderung persönlicher Entwicklung der Menschen bedarf es dringend einer umfassenderen Entwicklung des kulturellen Bereichs der Gesellschaft. Es geht um eine zukunftsichere Förderung von Kultur und Bildung in vielen Bereichen. Es geht um größere Unterstützung von Forschung und Wissenschaft.

8.

Sowohl auf der europäischen und auf der nationalen Ebene, auf der regionalen und der kommunalen Ebene ist die überbordende Bürokratie einzudämmen und eine bürgerfreundlichere Kommunikation europäischer Politik umzusetzen.

9.

Eine stärker zielgerichtete Vertretung der kommunalen Interessen bei der Anwendung europäischer Regeln führt zur stärkeren Akzeptanz der EU. In diesem Rahmen muss in unserem Bereich die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und den angrenzenden polnischen Regionen entwickelt werden. Dazu gehört außerdem eine vertiefte Verbindung im gesamten Ostseeraum.

10.

Schließlich geht es auch um die Sicherung der Demokratie in der EU und in allen ihren Mitgliedsländern. Die demokratische gesellschaftliche Entwicklung ist nur zu sichern durch konsequente Zurückweisung demokratiefeindlicher und rechtsextremer Positionen, die aktuell in verschiedenen Mitgliedsländern der EU im Wachsen sind.

Unabhängig von den tatsächlichen Ergebnissen der Europawahlen 2024 können uns die oben genannten zehn inhaltliche Aufgaben eine Richtschnur für unser eigenes europäisches Auftreten sein. Der Moderator der Veranstaltung, Prof. Dr. Robert Northoff, dankte am Schluss allen Teilnehmern auf dem Podium und im Gästeraum für ihre aktive Rolle in den Kurzvorträgen und bei Diskussionsfragen und -stellungen.

(Berichterstatter: Joachim Gasielki)

---

**„Die wahre Großzügigkeit der Zukunft gegenüber besteht darin,  
in der Gegenwart alles zu geben.**

(Albert Camus, französischer Philosoph)

---



# Ergebnisse und Probleme der Europawahlen 2024 – ihre Auswirkungen auf die europäische Integration

(Prof. Dr. Joachim Gasiiecki, Neubrandenburg)

In meinem 1. Vortrag im Bildungsring zur europäischen Integrationsgeschichte habe ich auf die drei inhaltlichen Komponenten des Europabegriffes verwiesen: Wir haben zu unterscheiden zwischen

- Europa als eine geographische Metapher,
- Europa als ein religiös-kultureller Begriff,
- Europa als ein politisches Projekt.

Dazu hatte ich auch die folgenden Sätze formuliert:

*„Die Idee der Integration Europas war von Anfang an eine wirkungsmächtige Vision. Sie ist bis in die Gegenwart eine Vorstellung Europas, die nach vorn offen ist und der weiteren Ausgestaltung bedarf.“*

Im 2. Vortrag hatte ich besonders auf „zeitlose Fragen“ hingewiesen, die über viele Jahrhunderte hinweg in den Diskussionen über Europa eine Rolle spielten und spielen und nach und nach an Inhalt und Qualität gewonnen haben. An zwei der hervorgehobenen „zeitlosen Fragen“ können wir heute besonders anknüpfen:

1. Europavorstellungen sind von machtpolitischen Interessen der Beteiligten nicht zu trennen.
2. Europagedanken berühren immer auch weltpolitische Entwicklungen.

Und im 3. Vortrag habe ich hinzugefügt:

*„Europäisches Bewusstsein wird zunehmend ein Bestandteil politischer Alltagsdiskussionen.“*

Und damit sind wir aktuell bei den Erwartungen zur weiteren Entwicklung der europäischen Integration. Es wird im Folgenden der Versuch unternommen, europapolitische Perspektiven zu formulieren, wie sie weitverbreitet in der EU vorhanden waren.

## 1.

### Ansätze einer Bewertung der diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament aus europäischen Zeitungen vom 04.06.2024

- In der schwedischen Zeitung „Expressen“ war folgender Satz zu lesen:  
*„Das ist nicht die schönste Stunde Europas, sondern eine Zeit, in der die Pest gegen die Cholera antritt.“*

- Die kroatische Zeitung „Vecernje List“ schrieb eine bemerkenswerte Position auf:

Es finden nun *„die wichtigsten nebensächlichen Wahlen der Welt statt. ... Nebensächlich, da sie als irgendwie minderwertig im Vergleich zu nationalen Wahlen ...*

*Die wichtigsten, da das Europäische Parlament weitreichend Gesetze verabschiedet, ... die Dinge auf globaler und lokaler Ebene und überall verändern.“*

- In Österreich hatte man die Möglichkeit, in der Zeitung „Die Presse“ eine inhaltsschwere Formulierung zu verinnerlichen:

*„Mit all den derzeit stattfindenden geopolitischen Verwerfungen könnte die heurige EU-Wahl tatsächlich die Beschreibung ‚Schicksalswahl‘ verdienen.“*

- Dazu passt eine Äußerung in der slowakischen Zeitung „SME“, die wir als eine Mahnung auffassen können:

*„Wer heute eine Europäischen Union will, die eher Russland ähnelt, wird die EU schrittweise auflösen.“*

- Zum gleichen Aspekt wies die litauische Zeitung „Delfi“ auf folgenden Umstand hin:

*„Putin will im Neuen EU-Parlament diejenigen sehen, die in das System seiner ideologischen Punkte [der Außenpolitik] passen.“*

Dazu gehören u. a. folgende Aspekte: Durchsetzung spezifischer nationaler Interessen kleinerer EU-Staaten (z. B. Ungarn), Homophobie (darunter sind Angststörungen zu verstehen, die dazu führen, dass bestimmte Menschengruppen abgelehnt werden, weil man sich - aus was für Gründen auch immer - in seinem Selbstwert bedroht fühlt, was letztlich zu Antisemitismus, Islamhass, religiöse und auch sexuelle Ablehnung führt).

Die deutschen „Grünen“ fassten Ihre Erwartungen in einer knappen These zusammen:

*„Wenn wir bei der Wahl zusammenstehen, dann kann von ihr ein Zeichen der Hoffnung ausgehen.“*

2.

## Zur Europawahl und zum Wahlergebnis vom 09.06.2024

Bei den politischen Wahlen zu den leitenden Organen auf verschiedenen Ebenen lassen sich die Wählerinnen und Wähler natürlich von ihren persönlichen Erfahrungen, Befindlichkeiten, Ansichten und Zukunftswünschen leiten, die natürlich außerordentlich vielfältig sind. Aus der Einschätzung früherer Europawahlen und im Hinblick auf die in den letzten Wochen und Monaten dieses Jahres geführten Diskussionen kann man nach meiner Ansicht die Motive der Wähler für ihre Wahlentscheidung in folgender Weise einteilen.

1.

Dominant scheint mir besonders die persönliche Betroffenheit der Menschen in der europäischen Gemeinschaft zu sein. Das bezieht sich aber weniger auf die Entscheidungen in Brüssel, sondern mehr auf die von den Bürgern in ihrer unmittelbaren Umgebung gespürten sozialen Probleme, auf ihre Einordnung in Arbeitsprozesse oder Arbeitslosigkeit, und berührt besonders die eigene Befindlichkeit gegenüber den kommunalen und regionalen Entscheidungen staatlicher Organe. Die Europäische Union als Ganzes wird dabei vielfach eher nur marginal betrachtet.

2.

Ebenfalls dominant für die Stimmenabgabe bei der Europawahl ist die Bewertung der nationalen Politik im eigenen Staat. Unzufriedenheit mit der Regierungspraxis, mit den Entscheidungen einzelner Ministerien, der Rückgang der positiven Würdigung des Kanzlers, die Skepsis gegenüber dem Auftreten verschiedener demokratischer Parteien im eigenen Land interessieren mehr als europäische Entwicklungsfragen.

3.

Eigentliche europäische Strukturen und Entwicklungsfragen spielen für die Mehrheit der Wähler und Wählerinnen eine untergeordnete Rolle. Die Kenntnis von europäischen Prozessen und die Informiertheit über Abgeordnete des Europäischen Parlaments sind in zu vielen Fällen nicht ausreichend. Die noch in weiter Ferne liegende Reformperspektive der Europäischen Union bewegt noch immer zu wenige Unionsbürger. Daraus kann oder muss man die Schlussfolgerung ziehen, dass die Wahlentscheidung zum Europarlament nicht genügend europazentriert ist.

Rufen wir uns für die folgenden Auswertungen der diesjährigen Europawahlen noch einmal ins Gedächtnis:

- Die Europawahl ist die größte demokratische Abstimmung in der Welt. Zur Wahl zum Europaparlament waren knapp 370 Millionen Menschen aufgerufen.
- In der Bundesrepublik konnten knapp 66 Millionen Bürger ihr Wahlrecht für Europa in Anspruch nehmen.
- Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hatten 1,36 Millionen Stimmberechtigte die Möglichkeit, sich an der Wahl zu beteiligen. an der Europawahl beteiligen.

### **3.**

#### **Zu den Auswirkungen der Ergebnisse der Europawahl auf die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung.**

##### 1.

- Die Rechten/Rechtsextremen haben in der EU und im Europäischen Parlament einen bedeutsamen Aufwind genommen (besonders in Italien, Frankreich, Niederlanden und Deutschland).
- Die Mitte im Europäischen Parlament (besonders konzentriert auf die Fraktion der Europäischen Volkspartei - EVP) ist noch stark.
- Aber da jeder Abgeordnete selbst entscheiden kann, wie er sich tatsächlich bei Abstimmungen verhält, wird die Mehrheitsfindung im Parlament erheblich schwieriger.
- Daraus entsteht ein beachtenswertes Problem, nämlich eine sich zumindest evtl. entwickelnde Zusammenarbeit einzelner demokratischer Parteien oder Abgeordnete mit den rechtskonservativen/rechtsextremen Fraktionen, Parteien.

##### 2.

Die Wählerstimmen haben sichtbar gemacht, was im Vorfeld der Wahlen schon seit längerer Zeit zu erwarten war. In der Europäischen Union hat sich ein deutlicher politischer Rechtsruck vollzogen. Rechtsextreme Parteien mit zum Teil eindeutigem faschistischem Hintergrund (besonders in Italien) haben erhebliche Zugewinne erreichen können. Es besteht die Gefahr, dass durch das rechte Abgeordnetenfeld gemeinsame und nach vorn weisende Lösungen schwieriger durchzusetzen sein werden. Rechte politische Positionen werden nationale Regelungen bevorzugen, besonders bei den EU-Mitgliedern, die rechts-konservative Ansichten in ihren Staaten vertreten. In der „ZEIT-online-Ausgabe“ vom 10. 06.2024 standen dazu zwei realistische Sätze:

*„Der Sieg der Rechten schwächt die EU. Im schlimmsten Fall bedeutet er das Ende der Union, so wie wir sie kennen.“*

Aktuell können wir noch nicht einschätzen, wie sich - im Ergebnis von Wahlen in einzelnen EU-Mitgliedsländern in den kommenden Jahren - das Kräfteverhältnis im Europäischen Rat entwickeln wird.

Wir können nach meiner Ansicht aber davon ausgehen, dass in den nächsten Jahren die Schritte einer erforderlichen Reform der Strukturen und Institutionen der EU behindert werden. Der zu erwartende stärkere Kompromisscharakter der Beschlüsse des Europäischen Parlaments wird sich in einem relativ niedrigen Niveau der EU-Regelungen niederschlagen und dadurch nationale politische und wirtschaftliche Entwicklungen verlangsamen. Es ist grundfalsch, davor die Augen zu verschließen und die Situation zu verharmlosen.

3.

Bestandteil der Wahl war das Auftreten einer größeren Zahl von Parteien und Organisationen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Das Parteienspektrum ist breiter und vielfältiger geworden, das wird langfristige Auswirkungen auf Anzahl und Stärke der Fraktionen im Europäischen Parlament haben. Die Aufgabe, Stimmenmehrheiten in Abstimmungen zu erreichen, wird schwieriger werden. Die Gefahr ist groß, dass demokratische Parteien und Gruppen sich an rechte bzw. rechtsextreme Gruppierungen anschmeicheln, um Stimmen für eigene Beschlussentwürfe unter ihnen zu gewinnen. Alle bisherigen Anzeichen deuten z. B. darauf hin, dass die wahrscheinliche Kandidatin für die Präsidentschaft in der Europäischen Kommission, Frau v. d. Leyen, einen solchen Weg einschlagen könnte. Das kompliziert das Zusammenspiel der europäischen Führungsorgane: Kommission, Parlament und Rat. Dadurch wird die EU zusätzlich geschwächt. Das bisher angestrebte Ziel, weitgehend mit einer Stimme im europäischen Raum und in der Welt insgesamt zu sprechen, ist in die Ferne gerückt.

4.

Der große Anspruch der EU, ein Friedensprojekt zu sein, hat Schaden genommen. Jahrhundertlang waren die meisten europäischen Visionen mit dem Friedensgedanken verbunden. Den Wählern, die durchaus vielfach Ängste vor einer Ausweitung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf den Raum der EU-Staaten empfinden, ist keine positive Perspektive geboten worden. Die häufige Verwendung des Begriffes „Frieden“ auf den Wahlplakaten zur Europawahl besonders durch die SPD in Deutschland hat Ängste und Befürchtungen nicht besänftigen können. Zu sehr ist sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene deutlich geworden, dass zwischen den von Politikern vorgetragenen Friedensbeschwörungen einerseits und den vorgesehenen Waffenlieferungen, mit denen die Ukraine auch russisches Territorium beschießen darf andererseits, ein eklatanter und gefährlicher Widerspruch besteht. Es gibt in Russland militante Kräfte genug, die darauf warten, ihr Operationsfeld auszudehnen. Man kann zum BSW stehen wie man will, aber sie punktet z. B. mit folgenden Sätzen: *Die Menschen „machen sich zu Recht große Sorgen, dass aus dem Ukraine-Krieg ein großer europäischer Krieg wird und sie wünschen sich, dass nicht immer nur Waffen und die militärische Karte gesetzt werden.“*

5.

Eine nicht zu unterschätzende Folge des politischen Wahlergebnisses sind die zu erwartenden Auswirkungen auf die nationale Politikgestaltung in den Mitgliedstaaten. Politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen in den einzelnen Ländern werden kaum dazu beitragen können, größere Bürgernähe zu praktizieren. Probleme der Politikgestaltung auf der europäischen Ebene werden das nationale Handeln erschweren und schwächen.



#### 4.

### Einschätzung einiger Folgen der Wahl auf die BRD und ihre Bundesländer.

#### 1.

In Deutschland ist der Einfluss der rechtsradikalen AfD insgesamt bedeutend gewachsen. In den ostdeutschen Ländern hat sie den zweiten Platz in der Parteien-Hierarchie eingenommen und ist damit die zweitstärkste politische Kraft geworden. Das betrifft nicht nur die Landesebene, sondern ebenso die Kreisebene und die lokalen Kommunen. IN MV steht die AfD auf dem ersten Platz.

Im Kreis Mecklenburgische Seenplatte (MSE) sehen die Zahlen vom 11. 06. 2024 bei einer um fast 10 % (gegenüber 2019) gestiegenen Wahlbeteiligung) so aus (in %):

1.	AfD	29,0	+ 12,5
2.	CDU	23,8	- 4,8
3.	BSW	14,1	-
4.	SPD	12,0	- 3,0
5.	Linke	6,5	- 10,6

In der Stadt Neubrandenburg entstand die gleiche Reihenfolge:

1.	AfD	20,7	+ 4,7
2.	CDU	17,9	- 7,4
3.	BSW	16,3	-
4.	SPD	11,8	- 4,6
5.	Linke	7,9	- 12,8

Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass sich eine wachsende Zahl von Menschen durch die Politik der Bundesrepublik und der Landesverwaltungen ungerecht behandelt fühlt und in ihren wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen nicht ausreichend wahrgenommen und unterstützt wird. Dies führt zum Teil einerseits zu persönlichen Wutreaktionen und andererseits zur größeren Bereit-

schaft, sich scheinbar alternativen Gruppierungen zuzuwenden. u Fragen ist aber auch, ob in den Medien das „Wutverhalten“ nicht zu stark verallgemeinert wird.

Am 11. 06. 2024 veröffentlichte der „Nordkurier“ eine längere Betrachtung zur Europawahl und schrieb dabei u. a.:

*„Schaut man sich auf den Wahlveranstaltungen von AfD und BSW um, ist eines förmlich mit den Händen zu greifen: Die Bürger bewegt eine fast schon verzweifelte Sehnsucht nach etwas ‚Anderem‘. Was genau dieses ‚Andere‘ ist, kann noch gar nicht so genau definiert werden - die Bürger wollen aber Veränderung, spüren, dass es so nicht weiter geht, hoffen auf eine Kehrtwende, möchten gehört und mit ihren Sorgen und Ängsten angehört werden und setzen ihr entsprechendes Kreuz auf dem Wahlzettel dort, wo garantiert weder SPD, Grüne noch FDP notiert sind.*

*Um es ganz deutlich zu sagen: Die Deutschen haben die Nase voll, wenn ihnen vorgeschrieben werden soll, welche Heizung sie im Keller einbauen sollen, die Deutschen haben es satt, wenn ihnen gesagt wird, welches Essen gesund ist und auf den Tisch gehört, die Deutschen empört es, wenn sie gendern sollen, ihre Kinder aber in den Schulen nicht lernen, wie sie richtig schreiben, lesen und rechnen sollen.*

*Die Deutschen wollen mit Vernunft und nicht mit Ideologie regiert werden. Eine elitäre und kostspielige Klimapolitik ist den Deutschen genauso fremd wie eine ungesteuerte und unkontrollierte Migrationspolitik. Und das wurde im Wahlkampf und in der Wahlkabine besonders beim Hineinhorchen in das BSW-Wählerherz deutlich: Die Deutschen wollen in diesen Krisen- und Kriegsjahren soziale Sicherheit und nicht irgendwelche Habeckschen ‚Experimente‘, die ihnen das Geld aus der Tasche ziehen.*

*Damit nicht genug. SPD, Grüne und FDP müssen verinnerlichen: Es ist nicht nur vermeintlicher Protest oder Wut und Frust und damit ein vorübergehendes Phänomen, dass die Wähler AfD und BSW an- und umtreibt.“*

2.

Diese hier skizzierte Entwicklung beruht in beträchtlichem Maße darauf, dass viele Bürgerinnen und Bürger die politisch-gesellschaftlichen Gefahren einer drohenden Rechtsentwicklung in Deutschland unterschätzen. Auch wenn es noch kein Tagesgeschehen ist, wir nähern uns - wenn die vorhandenen Entwicklungen weiterlaufen - der am Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts in Deutschland entstandenen Situation, die schließlich 1933 zur Machergreifung des Faschismus führte.

Vor einer Woche hat in unserem Partnerverein „Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte“ in Alt Rehse eine Veranstaltung zum Thema „Kinderärzte und die Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit“ stattgefunden. Der Redner dieser Veranstaltung erwähnte die in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bekannte Berliner Kinderärztin jüdischer Herkunft, Lucie Adelsberger, die 1943 in Konzentrationslager verbracht wurde, zunächst ins KZ Auschwitz, um von dort im „Todesmarsch“ der noch nicht ermordeten Häftlinge ins KZ Ravensbrück zu kommen. Sie hatte ihre Haft überlebt und schrieb danach in den 40er Jahren ein aufrüttelndes Buch über die Gräueltaten von Auschwitz, dessen Erstauflage aber erst zehn Jahre später, 1957, in der Bundesrepublik erscheinen konnte. Darin standen mahnende Worte, die wir in der Gegenwart verinnerlichen sollten:

*„Durch einen irgeleiteten Fanatismus sind aus zivilisierten Menschen Bestien geworden, die nicht nur getötet, sondern mit Lust und Freude gequält und gemordet haben. Ein bisschen Salonantisemitismus, etwas politische und religiöse Gegnerschaft, Ablehnung des politisch-Andersdenkenden, an sich ein harmloses Gemengsel, bis ein Wahnsinniger kommt und daraus Dynamit fabriziert. Man kann diese Synthese begreifen, wenn Dinge, wie sie in Auschwitz geschehen sind, in Zukunft verhütet werden sollen. Wenn Hass und Verleumdung leise keimen, dann, schon dann heißt es wach und bereit sein. Das ist das Vermächtnis derer von Auschwitz.“*

Ich halte es für angebracht und notwendig, angesichts der aktuellen Entwicklung des Rechtstextremismus diese Worte ernst zu nehmen.

3.

Die Chefin der deutschen „Wirtschaftsweisen“, Monika Schnitzer, hatte schon vor den Eurowahlen vor Erfolgen europafeindlicher Parteien gewarnt. Sie unterstrich, dass man die EU in Frage stellen und die einzelnen Länder gegeneinander ausspielen würde. Sie schloss die Mahnung an, „dies würde genau den Wohlstand und die Sicherheit gefährden, die wir in jahrzehntelanger Zusammenarbeit geschaffen haben. - Gemeinsam erreichen wir viel mehr für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit, als jedes Land das für sich allein tun könnte.“

Hinzuzusetzen ist hier auch der Hinweis, dass die Ergebnisse der Europawahl 2024 in Deutschland bei der Bundestagswahl 2025 und bei den kommenden Landtagswahlen ab Herbst von 2024 bis 2026 eine große Rolle spielen werden.

## 5.

### **Einige Schlussfolgerungen.**

#### 1.

Es muss entschieden dafür gesorgt werden, dass die demokratisch gewählten Regierungen aller Ebenen in Deutschland eine klarere, verständlichere, konstruktivere Politikgestaltung realisieren, mit der sie die Sorgen, Befindlichkeiten, Wünsche und Vorschläge der Bürger aufnehmen können. Die vorhandene Loslösung der Politik von den Bürgern muss schnellstmöglich überwunden werden.

#### 2.

Ein Problem ist und bleibt aber auch eine große Politikferne vieler Bürgerinnen und Bürger. Diese Politikferne abzubauen ist sicher eine langfristige Aufgabe. Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass die in den letzten Jahren angestrebte und zum Teil auch bereits praktizierte Verringerung der Förderung politischer Bildung allgemein in der BRD und auch im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern endlich eingestellt wird. Auch unser Verein, der Landesverband der Europa-Union, kann ein Lied davon singen.

#### 3.

In diesem Zusammenhang muss sich die Einsicht stärker durchsetzen, dass die Kenntnis über die Europäische Union konkreter werden muss. Die Fakten über das Funktionieren der der Institutionen und über die dringenden Aufgaben und deren Bewältigung in der EU sind den Menschen näher zu bringen. Das bedeutet eine Verstärkung der auf Europa ausgerichteten Schulbildung ebenso wie ein entsprechendes Bildungsangebot für Erwachsene. „Steter Tropfen höhlt den Stein“ – daran sollten wir alle denken, wenn wir uns für die europäische Bildung engagieren.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren,

es gehört zu unseren Aufgaben, umfangreicher bewusst zu machen, welchen unersetzlichen Wert die Demokratie in unserer Gesellschaft besitzt und wie sie genutzt und gestaltet werden kann. Der Bundesverband der Europa-Union hat uns die Aufgabe gestellt: „Wir müssen gemeinsam neue demokratische Diskussionsräume schaffen!“

Lassen Sie mich mit einem Auszug aus der Stellungnahme des Generalsekretärs der Europa-Union Deutschland, Christian Moos, zur Europawahl, die er am 10. Juni, also vor drei Tagen, abgegeben hat, meinen Vortrag schließen:

**„Umso wichtiger ist es nun, die reaktionären Kräfte, die das freiheitliche Europa zerstören wollen, nicht salonfähig zu machen. Der Versuch, sie im Europäischen Parlament einzubinden, ist zum Scheitern verurteilt, öffnet die Büchse der Pandora.**

**Am Tag nach den Europawahlen richtet sich der Blick sorgenvoll auf die Landtagswahlen im September. Im Osten Deutschlands war die AfD nahezu flächendeckend stärkste Kraft.**

**Streitet die Bundesregierung in den nächsten Monaten über den Bundeshaushalt für das kommende Jahr, wird der Siegeszug der Ewiggestrigen kaum noch aufzuhalten sein.**

**Diejenigen, die es gut meinen mit der freiheitlichen Demokratie, müssen sich jetzt zusammenraufen. Das gilt für Deutschland nicht weniger als für Europa.**

**Und für uns Europäische Föderalistinnen und Föderalisten, die wir die europäische Idee überparteilich verteidigen, bedeuten die Ergebnisse der Europawahlen, dass das dunkle Tal noch nicht durchschritten ist. Auch für uns gilt es jetzt, zusammenzuhalten und alle verfügbaren Kräfte zu bündeln.“**

**Teil 2:**  
**Informationen aus dem Trägerverein LV der EUD in MV**

---

**Von der Sitzung des Landesvorstandes der EUD-MV  
am 03. 05. 2024**

Der Landesvorstand traf sich am 03.05.2024 in Güstrow unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Prof. Dr. Norbert Northoff zu seiner turnusmäßigen Beratung.

Einen wesentlichen Platz nahm die Diskussion zur Vorbereitung auf die Europawahlen am 09.06.2024 ein. Die anwesenden Vertreter der Kreisverbände berichteten über die von ihnen vorgesehenen Veranstaltungen. Die eingeleiteten Aktivitäten des Landesverbandes zur Wahlvorbereitung fanden allgemein Zustimmung. Im Ergebnis der Diskussion beschloss der Landesvorstand einstimmig einen Aufruf zur Beteiligung an der Europawahl.

Im Gefolge der Gründung des Kreisverbandes Greifwald beschloss der Landesvorstand einen vom dortigen Kreisvorstand vorgelegtes Material über die Rahmenbedingungen der Arbeit des Kreisverbandes, wodurch auch der Raum Stralsund/Insel Rügen berücksichtigt wird.

Einen wichtigen Platz nahm die Vorstellung einer neuen Struktur der Leitung des Landesverbandes ein. Dem Landesvorstand bleibt der Bildungsring „Europa“ unterstellt, an dessen Spitze ein Projektleiter/-leiterin arbeitet. Ihm zur Seite stehen eine Projektassistentin und Finanzsachbearbeiterin sowie eine Bürohilfskraft. Herr Ralf-Peter Hässelbarth arbeitet im Minijob als Büroleiter, um vor allem die neuen Mitarbeiter in die Aufgaben und Abläufe des Bildungsringes einzuarbeiten. Die allgemeine Zustimmung des Landesvorstandes war vorhanden und gipfelte in der Formulierung „Wir sind wieder lebensfähig“.

####

# Am 1. Mai 2024 feiern wir 20 Jahre EU-Osterweiterung

Pressemitteilung der Europa-Union, Kreisverband Schwerin

## Freude über EU-Erweiterungsjubiläum

„Am 1. Mai vor 20 Jahren nahm die Europäische Union zehn neue Mitgliedstaaten auf. Davon haben auch wir in Schwerin klar profitiert“, sagt Martin Stein, Vorsitzender der überparteilichen Europa-Union Schwerin. „Die Aufbruchstimmung war groß“, erinnert sich Stein. „Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war es endlich soweit, dass Europa auch politisch weiter zusammenwachsen konnte.“

Durch den Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Malta und Zypern habe sich der kulturelle und wirtschaftliche Austausch mit den Ländern intensiviert. Vielerorts seien neue Städtepartnerschaften entstanden. Grenzregionen erlebten einen Aufschwung und wuchsen zusammen. Aus den neuen Mitgliedstaaten seien zudem viele dringend benötigte Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen. „Insbesondere im Bereich der Medizin und Pflege sind auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Fachkräfte aus diesen Ländern nicht mehr wegzudenken“, betont Stein.

„Mit dem Beitritt haben sich die zehn Länder auch zu den europäischen Werten, allen voran Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Diese können wir in der Europäischen Union am besten gemeinsam verteidigen“, sagt der Kreisvorsitzende. Denn nicht nur außerhalb der EU seien autoritäre Regime auf dem Vormarsch, auch innerhalb der EU gebe es Parteien, die die Demokratie von innen auszuhöhlen versuchten. Hier sei große Wachsamkeit geboten. „Aus diesem Grund danken wir als Europa-Union den vielen Bürgerinnen und Bürgern aus Schwerin, die sich an den beeindruckenden Demokratiekundgebungen der vergangenen Monate beteiligt haben“, so Stein.

(Martin Stein, Vorsitzender des KV Schwerin, im Online-Auftritt des Kreisverbandes)



## **Aus dem Kreisverband Rostock**

### **Am 9. Mai Europatag!**

Ein breites Spektrum an Themen, das wir weiterhin bewahren wollen! Da passte es sehr gut, dass wir uns am 8.5.2024 zu unserem Europa-Stammtisch trafen, wie immer in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität am Vögenteichplatz! Dafür, dass wir regelmäßig an diesem Ort zusammentreffen können, möchten wir uns ganz besonders bei der Leiterin Frau Halama bedanken.

Europa – In Vielfalt geeint!

Dieses Motto führt uns nun schon seit 1990 zusammen, und wenn wir den Slogan „EURHope“ betrachten, den die Europaunion und die JEF für das Wahljahr 2024 bestimmt haben, ist es die Hoffnung, dass die Europaunion auch weiterhin Wege findet, die eine konstruktive europäische Zusammenarbeit ermöglichen.

Sich für eine lebenswerte Zukunft in einem vielfältigen, vereinten Europa, trotz aller aktuell problematischen Entwicklungen im Weltmaßstab, einzusetzen, das war und ist der Leitgedanke, der unsere Mitgliedschaft in der Europaunion begründet.

Wir schätzen unsere monatlichen Zusammentreffen sehr, denn was kann es Besseres geben als die Pflege sozialer Kontakte, den Meinungs austausch zu politischen Fragen, einfach das Offenhalten des Horizonts für Politik, Kultur und Gesellschaft! Frei seine Meinung äußern, ein hohes Gut!

Dieses Anliegen unterstützen auch in erheblichem Maße unsere Gäste, die wir einladen, um als Referenten zu verschiedenen Themen für angeregte Diskussionen zu sorgen.

Themen wie Klima, Umwelt, Erneuerbare Energien, politische Jugendbildung der Nordkirche, Arbeit mit Menschen, die sozialer Unterstützung bedürfen, um den Alltag zu bewältigen, Erforschung der Familiengeschichte, philosophische Fragen, Erweiterung der Kenntnisse über andere Staaten z.B. Indien.

Wir bedanken uns bei Herrn Prof. Stöhr, Frau Juliane Dieckmann, Herrn Norbert Wirth, Herrn Griese, Herrn Dr. Stöhr, Herrn Prof. Rösel. Wir freuen uns auf weitere interessante Begegnungen.

Besonders freuen wir uns aber, dass wir ein neues Mitglied in unserem Kreisverband begrüßen dürfen! Sabrina Repp, eine junge Politikwissenschaftlerin, die als Kandidatin der SPD für die Europawahl 2024 nominiert wurde, gehört zu uns!!

Wir haben schon mehrere informative Gespräche mit Sabrina geführt, in denen sie sehr überzeugend deutlich machte, für welche Anliegen sie sich im Europaparlament einsetzen möchte. Wir drücken die Daumen!

Übrigens, einen neuen Vorstand haben wir auch gewählt!

Alle bisherigen Mitglieder des Vorstandes hatten sich bereit erklärt, erneut zu kandidieren und wurden einstimmig wiedergewählt!

Als Kreisverband Rostock wünschen wir uns eine gute Zusammenarbeit aller Kreisverbände, es wäre zu begrüßen, wenn es einmal zu einem gemeinsamen Treffen kommen würde.

Wir freuen uns auf die Veranstaltungen des Bildungsringes in Neubrandenburg, auf die aktuellen Informationen des Landesverbandes.

Außerdem wollen wir die Kontakte zum Europäischen Integrationszentrum Rostock weiter pflegen, denn die Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten politischen Problemen sind immer ein Gewinn, genau wie die Veranstaltungen der Europäischen Akademie in Waren oder die Veranstaltungen der politischen Stiftungen.

Wir, die Mitglieder des Kreisverbandes Rostock, halten die Werte und Ziele der Europäischen Union und damit verbunden der Europaunion Deutschland weiterhin für elementar wichtig!

Deshalb — EURHope!

In Vielfalt geeint!

(Karin Pingel, Kreisvorsitzende u. Mitglied des Landesvorstandes)

####

## **Zur Eröffnung einer Ausstellung in Alt Rehse:**

### **„Im Gedenken der Kinder.**

#### **Die Kinderärzte und die Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit“**

Die „Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte (EBB)“ in Alt Rehse, eine Partnerorganisation unseres EUD-Landesverbandes, hat in den letzten Jahren ihre Veranstaltungstätigkeit wesentlich gesteigert. So fand auch am 06. 06. 2024 die gut besuchte Eröffnung einer Sonderausstellung zum Gedenken an die Kinder, die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen wurden, in den Räumen der EBB statt.

Die Ausstellung wurde von der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKM) erarbeitet. Diese Vereinigung - so wurde mitgeteilt - „hat sich als eine der ersten medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaften in Deutschland umfassend mit dem Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 in Deutschland auseinandergesetzt. Dies erfolgte nicht ohne Widerstände. Die Beteiligung von (Kinder-)Ärzten an Menschenversuchen und Tötungsverbrechen an kranken Kindern während der NS-Zeit ist das dunkelste Kapitel der Kinder- und Jugendmedizin und ihrer über 100jährigen Fachgesellschaft“.

Die Einführung in die Ausstellung nahm Prof. Dr. Thomas Beddies vom Institut für Geschichte der Medizin und Ethik in der Medizin (Charité- und Universitätsmedizin Berlin) in beeindruckender Weise vor. Er sprach zum Thema „Der Wissenschaft dienen? Zur Tötung kranker und behinderter Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus“ und hob die besonderen Merkmale dieser verbrecherischen Handlungen hervor.

Nicht alle damit verbundenen Aspekte können in diesem Bericht dargestellt werden, eine Beschränkung auf das Wesentliche muss erfolgen.

Der Umgang mit tatsächlich oder nur scheinbar kranken Kindern war Bestandteil der „Euthanasie“ („der schöne Tod“), einer Umschreibung und Verschleierung der systematischen Ermordung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen. Nicht nur Ideologen und Politiker, sondern gerade auch Ärzte traten als Organisatoren und

Ausführende der Massenmorde auf. Im Rahmen der Kinder-Euthanasie wurden den Eltern unter dem Vorwand einer erforderlichen Therapie ihre Kinder weggenommen und in „Heilanstalten“ gebracht, von denen ihnen in der Regel mitgeteilt wurde, dass eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes eingetreten sei und das betreffende Kind „in eine andere Anstalt“ überführt worden sei. Die „andere Anstalt“ war die Tötungsstätte! Es ist davon auszugehen, dass seit 1939 bis in die vierziger Jahre weit über 5 000 Kinder - manche Wissenschaftler vermuten bis zu 10 000 Kinder - aus damals angegebenen wissenschaftlichen Forschungsgründen und auch aus rassistischen Haltungen heraus allein in Deutschland getötet wurden. Die genaue Anzahl lässt sich heute nicht mehr feststellen, da die meisten Unterlagen über diese Verbrechen noch vor und wahrscheinlich auch nach 1945 vernichtet wurden. Natürlich gab es Ärztinnen und Ärzte, die sich nicht in die Tötungsvorgänge einbinden lassen wollten. In der Anfangszeit handelte es sich besonders um noch tätige Juden oder um links eingestellte Personen, die in der Regel bald selbst in die Vernichtungsmaschine gerieten. In dieser Weise nicht belastete Ärztinnen und Ärzte, die Widerspruch einlegten, verloren zumeist ihre Dienststelle und wurden auf andere, niedrigere Arbeitsplätze versetzt. Der Redner erwähnte die bekannte Berliner Kinderärztin jüdischer Herkunft Lucie Adelsberger, die 1943 in Konzentrationslager verbracht wurde, zunächst nach Auschwitz und dann nach Ravensbrück, ihre Haft aber überlebte. Sie schrieb 1957 Worte auf, die über die Kinder-Euthanasie hinausgehen, aber die wir in der Gegenwart verinnerlichen sollten:

*„Durch einen irregeleiteten Fanatismus sind aus zivilisierten Menschen Bestien geworden, die nicht nur getötet, sondern mit Lust und Freude gequält und gemordet haben. Ein bisschen Salonantisemitismus, etwas politische und religiöse Gegnerschaft, Ablehnung des politisch-Andersdenkenden, an sich ein harmloses Gemengsel, bis ein Wahnsinniger kommt und daraus Dynamit fabriziert. Man kann diese Synthese begreifen, wenn Dinge, wie sie in Auschwitz geschehen sind, in Zukunft verhütet werden sollen. Wenn Hass und Verleumdung leise*

*keimen, dann, schon dann heißt es wach und bereit sein. Das ist das Vermächtnis derer von Auschwitz.“*

Unter dem Deckmantel einer für die Medizin erforderlichen wissenschaftlichen Forschungsarbeit wurden unmenschliche Taten realisiert, die selbst nach den damals im NS-Staat geltenden Rechtsgrundsätzen gravierende Rechtsverstöße waren. Es handelte sich in der Euthanasiepraxis um eine allgemein verbotene aktive Tötung und damit um kriminelles Vorgehen bei der Ermordung von Kranken. Den Ärzten - und besonders den Kinderärzten in der Vollstreckung der Kinder-Euthanasie - brachte man in Schulungen nahe, dass sie einen notwendigen Beitrag zur Weiterentwicklung der medizinischen Wissenschaft leisten würden. So entstand ein rechtsfreier Raum, in dem die Euthanasiemaßnahmen geordnet und scheinbar wissenschaftlich ablaufen konnten. Der Wirklichkeit nach handelte es sich um einen in diesem Umfang noch nie realisierten Zivilisationsbruch. Die in der Ausstellung sichtbaren Vorgänge sind eine historische Einmaligkeit, die - rund 80 Jahre nach ihrem Vollzug - zu einer bedrückenden Erfahrung der heutigen Betrachter des Ausstellungsmaterials werden.

Man muss gerade aus aktueller Sicht auf die nach 1945 durch alliierte und deutsche Behörden vorgenommene Verharmlosung der Verbrechen in der NS-Zeit aufmerksam machen. Es gab eine aktive Entlastung der meisten Haupttäter in der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte hinweg. Erst in den achtziger Jahren setzte ein eigentliches Umdenken ein. Auch in der damaligen DDR gab es eine nicht ausreichende Information über die Vorgänge der Kinder-Euthanasie im Nationalsozialismus.

In der heutigen Zeit, in der eine erhebliche Verstärkung rechts-extremer Ansichten in Deutschland und anderen europäischen Ländern festzustellen ist, in der es wieder Ansatzpunkte für unmenschliche, rassistische und antisemitische Denkweisen und Handlungen gibt, muss die demokratische Mehrheit in Deutschland entschieden Widerstand leisten. Wehret den Anfängen!

Im Begleitmaterial zur Ausstellung über den Kindermord in der NS-Zeit steht ein bemerkenswerter Satz: „Sie zeigt an diesem besonderen Beispiel, wozu die ideologische Indoktrination wie etwa an der NS-„Führerschule der deutschen Ärzteschaft“ in Alt Rehse in der Konsequenz führte.“

(Berichterstatter: Joachim Gasiiecki)

####